



Brüssel, den 15.04.2024. Drohen in Deutschland bald 55 Tage Fahrverbot im Jahr?

Wer in den vergangenen Jahren einen Stillstand beim Ausbau unserer Infrastruktur und in vielen Politikfeldern beklagte, die dringenden Reformbedarf aufweisen, hätte sich wohl kaum vorstellen können, dass dieser Stillstand auch ganz praktisch auf Deutschlands Straßen drohen könnte.

Nach Berechnungen des ADAC für die BILD-Zeitung müssten Autos und LKW an bis zu 55 Tagen im Jahr stillstehen, wenn die Ampel-Koalition geltendes Recht und das Emissions-Ziel im Verkehrssektor einhalten will. Die Folgen wären ein Verkehrschaos an Wochenenden und massive Probleme beim Transport von Gütern. Hotels, Gastronomie und Freizeit-Branche müssten mit massiven Umsatz-Einbrüchen rechnen.

Der ADAC geht davon aus, dass 27 autofreie Wochenenden nötig wären, um die CO<sub>2</sub>-Lücke zu schließen. Grund dafür ist das Klimaschutzgesetz der großen Koalition aus CDU, CSU und SPD, das jedem Regierungs-Sektor ein separates, vorgeplantes CO<sub>2</sub>-Ziel auferlegt. Die Probleme, die diese planwirtschaftliche Herangehensweise mit sich bringt, wurden bereits vor 9 Monaten von den Koalitionspartnern diskutiert. Angedacht war, ein neues Gesetz auszuarbeiten, das ein Gesamt-Ziel für die Regierung definiert. Blockiert wird dieses Vorhaben nun von den Grünen.

Wirtschaftsminister Robert Habeck befindet sich in dieser Auseinandersetzung in einer komfortablen Position. Sein Ministeriums-Bereich hat die Klimaschutz-Ziele für 2023 übererfüllt. Der Grund dafür sind aber keineswegs technische Innovationen, die durch eine kluge Wirtschaftspolitik gefördert und wettbewerbsfähig auf den Markt gebracht worden wären. Vielmehr ist der Energieverbrauch aufgrund der Rezession gesunken, was auch einen niedrigeren CO<sub>2</sub>-Ausstoß zur Folge hatte. Klimaschutz durch Deindustrialisierung heißt das Rezept.

Die Grünen versuchen diese Situation jetzt zu nutzen, um erneut die ideologisch aufgeladene Diskussion über ein Tempolimit zu eröffnen. Laut dem Umweltbundesamt müsste jedoch allein der Verkehrssektor in diesem Jahr 22 Millionen Tonnen CO<sub>2</sub> zusätzlich einsparen. Ein Tempolimit (ca. 1,9 Millionen Tonnen Einsparung pro Jahr) könnte dem gar nicht gerecht werden und würde lediglich einen weiteren unnötigen Eingriff in die Freiheit der Bürger bedeuten.

Einmal mehr kennt diese Debatte viele Verlierer. Dem Klima ist nicht damit geholfen, wenn der CO<sub>2</sub>-Ausstoß an Sektoren gemessen wird. Die Grünen nutzen dieses Momentum jedoch aus, um weiteren Verbote und Verteuerungen den Weg zu ebnen.

Erneut wird deutlich, dass die FDP diese Koalition längst hätte verlassen müssen.